

PRESSEKONFERENZ **Brdo pri Kranju, 4. Oktober 2012**

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Ich möchte mich bei Präsident Kranjec für seine Gastfreundschaft bedanken und auch seinen Mitarbeitern unseren besonderen Dank für die hervorragende Organisation der heutigen Sitzung des EZB-Rats aussprechen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat heute beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Aufgrund der hohen Energiepreise und gestiegener indirekter Steuern in einigen Euro-Ländern wird erwartet, dass die Inflationsraten im gesamten Jahresverlauf über der 2 %-Marke liegen werden, im kommenden Jahr jedoch wieder unter diese Marke fallen dürften und sich über die geldpolitisch relevante Frist weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln. In Übereinstimmung hiermit ist die Grunddynamik der monetären Expansion nach wie vor verhalten. Die Inflationserwartungen für das Eurogebiet bleiben fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2 % zu halten. Das Wirtschaftswachstum im Euroraum dürfte weiterhin schwach bleiben, wobei anhaltende Spannungen an einigen Finanzmärkten des Eurogebiets sowie eine hohe Unsicherheit das Vertrauen und die Stimmung nach wie vor belasten. Unsere Beschlüsse hinsichtlich geldpolitischer Outright-Geschäfte (Outright Monetary Transactions – OMTs) haben dazu beigetragen, diese Spannungen in den letzten Wochen abzumildern und somit Bedenken in Bezug auf das Eintreffen destruktiver Szenarien zu verringern.

Nun kommt es darauf an, dass die Regierungen weiterhin die notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung von haushaltspolitischen wie auch strukturellen Ungleichgewichten umsetzen und Umstrukturierungsmaßnahmen im Finanzsektor fortführen.

Der EZB-Rat bleibt seinem Ziel fest verpflichtet, die Einheitlichkeit seiner Geldpolitik zu wahren und die ordnungsgemäße Übertragung des geldpolitischen Kurses auf die Realwirtschaft im gesamten Eurogebiet sicherzustellen. Unter den entsprechenden Bedingungen werden die OMTs es uns ermöglichen, einen hochwirksamen Sicherungsmechanismus zur Vermeidung destruktiver Szenarien, die gravierende Herausforderungen für die Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet beinhalten könnten, zur Verfügung zu stellen. Ich möchte an dieser Stelle nochmals wiederholen, was ich in den letzten Monaten bereits sagte: Wir handeln strikt im Rahmen unseres Mandats zur Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere Sicht. Wir handeln bei der Festlegung der Geldpolitik unabhängig. Und der Euro ist irreversibel.

Wir sind bereit, OMTs durchzuführen, sobald alle Voraussetzungen erfüllt sind. Wie bereits im vergangenen Monat angekündigt, wird der EZB-Rat OMTs in Erwägung ziehen, sofern sie aus geldpolitischer Sicht geboten sind und solange die mit den Programmen verbundene Konditionalität vollständig erfüllt ist. Wir würden die Transaktionen einstellen, sobald die damit verfolgten Ziele erreicht worden sind oder wenn es zur Nichteinhaltung eines Programms kommt. Während der Prüfung eines Programms werden keine OMTs durchgeführt und erst nach dem Prüfungszeitraum wieder aufgenommen, wenn die Einhaltung des Programms gesichert wurde.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Das reale BIP im Euro-Währungsgebiet ging im zweiten Jahresviertel 2012 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zurück, nachdem im vorangegangenen Vierteljahr ein Nullwachstum verzeichnet worden war. Die Konjunkturindikatoren, insbesondere Umfrageergebnisse, bestätigen in einem von hoher Unsicherheit geprägten Umfeld die anhaltend schwache Wirtschaftstätigkeit im dritten Quartal dieses Jahres. Wir rechnen damit, dass sich die Wirtschaft im Eurogebiet auf kurze Sicht nach wie vor schwach entwickelt und danach nur sehr allmählich erholt. Die Wachstumsdynamik wird durch unsere konventionellen geldpolitischen Maßnahmen wie auch durch unsere Sondermaßnahmen gestützt, dürfte aber weiterhin durch den notwendigen Prozess der Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor, die hohe Arbeitslosigkeit und eine uneinheitliche weltwirtschaftliche Erholung gedämpft werden.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Eurogebiet sind nach wie vor abwärts gerichtet. Sie ergeben sich insbesondere aus anhaltenden Spannungen an einigen Finanzmärkten des Euroraums und einem möglichen Übergreifen auf die Realwirtschaft des Euro-Währungsgebiets. Diese Risiken sollten durch wirksame Maßnahmen aller im Euroraum politisch Verantwortlichen eingedämmt werden.

Die jährliche HVPI-Teuerungsrate für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im September 2012 auf 2,7 % nach 2,6 % im Vormonat. Sie ist höher ausgefallen als erwartet und spiegelt in erster Linie vergangene Anstiege indirekter Steuern und in Euro notierter Energiepreise wider. Angesichts der aktuellen Preise der Öl-Terminkontrakte könnten die Preissteigerungsraten auf einem erhöhten Niveau bleiben, bevor sie im Verlauf des kommenden Jahres wieder auf unter 2 % zurückgehen. Über die geldpolitisch relevante Frist dürfte der zugrunde liegende Preisdruck vor dem Hintergrund eines verhaltenen Wachstums im Euroraum und fest verankerter langfristiger Inflationserwartungen moderat bleiben. Das aktuelle Inflationsniveau dürfte also nach wie vor vorübergehender Natur sein und keine Zweitrundeneffekte zur Folge haben. Wir werden auch künftig die weitere Kosten-, Lohn- und Preisentwicklung genau beobachten.

Die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung sind mittelfristig nach wie vor weitgehend ausgewogen. Aufwärtsrisiken bestehen im Zusammenhang mit weiteren Anhebungen indirekter Steuern aufgrund der erforderlichen Haushaltskonsolidierung. Abwärtsrisiken ergeben sich vor allem daraus, dass das Wachstum im Eurogebiet im Falle einer erneuten Verschärfung der Spannungen an den Finanzmärkten schwächer ausfallen könnte als erwartet, und aus den resultierenden Folgen für die binnenwirtschaftlichen Komponenten der Inflation. Wird eine solche Verschärfung nicht von allen politischen Entscheidungsträgern im Euroraum durch wirksame Maßnahmen eingedämmt, könnte dies zu verstärkten Abwärtsrisiken führen.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so bestätigen die aktuellen Daten die verhaltene Grunddynamik der monetären Expansion. Im August sank die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 auf 2,9 %, verglichen mit 3,6 % im Vormonat. Der Rückgang war zwar hauptsächlich einem Basiseffekt zuzuschreiben, allerdings waren die monatlichen Zuflüsse auch nur relativ begrenzt. Dagegen führten umfangreiche monatliche Mittelzuflüsse bei den täglich fälligen Einlagen zu einer weiteren Erhöhung der jährlichen Zuwachsrate der Geldmenge M1 von 4,5 % im Juli auf 5,1 % im August. In diesem Anstieg spiegelt sich eine nach wie vor starke Liquiditätspräferenz vor dem Hintergrund niedriger Zinsen und hoher Unsicherheit wider.

Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte Jahreswachstumsrate der Buchkredite an den privaten Sektor sank im August auf -0,2 % (nach 0,1 % im Vormonat). Grund hierfür war ein Rückgang der jährlichen Zuwachsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften auf

-0,5 %, verglichen mit -0,2 % im Juli. Demgegenüber blieb die Jahreswachstumsrate der Kredite an private Haushalte im August mit 1,0 % unverändert. Die verhaltene Entwicklung der Kreditvergabe ist weitgehend Ausdruck der schwachen Aussichten für das BIP, einer erhöhten Risikoaversion sowie anhaltender Bilanzanpassungen bei den privaten Haushalten und den Unternehmen; alle diese Faktoren dämpfen die Kreditnachfrage. Zugleich wird das Kreditangebot in einer Reihe von Euro-Ländern durch die Segmentierung der Finanzmärkte und Kapitalengpässe bei den Banken eingeschränkt.

Die Solidität der Bankbilanzen wird von wesentlicher Bedeutung sein, wenn es darum geht, sowohl eine angemessene Bereitstellung von Krediten an die Wirtschaft als auch die Normalisierung aller Finanzierungskanäle zu unterstützen und somit zur angemessenen Transmission geldpolitischer Impulse auf die Finanzierungsbedingungen des nichtfinanziellen Sektors in den verschiedenen Ländern des Euroraums beizutragen. Daher ist es wichtig, dass die Widerstandsfähigkeit der Banken weiterhin erhöht wird, sofern dies erforderlich ist.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die Preise der wirtschaftlichen Analyse zufolge auf mittlere Sicht weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln dürften. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Andere wirtschaftspolitische Bereiche müssen einen substantiellen Beitrag zur Gewährleistung einer weiteren Stabilisierung der Finanzmärkte und einer Verbesserung der Wachstumsaussichten leisten. Was die **Finanzpolitik** betrifft, so erzielen die Euro-Länder Fortschritte bei der Konsolidierung. Es kommt entscheidend darauf an, dass die Bemühungen um die Wiederherstellung solider Haushaltspositionen unter Einhaltung aller im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts und der Empfehlungen des Europäischen Semesters 2012 eingegangenen Verpflichtungen fortgesetzt werden. Eine zügige Umsetzung des Fiskalpakts wird ebenfalls einen Hauptbeitrag zur Stärkung des Vertrauens in die Solidität der öffentlichen Finanzen leisten. Zugleich sind **Strukturenreformen** genauso unabdingbar wie Konsolidierungsanstrengungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Funktionsweise des Finanzsektors. In den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern werden spürbare Fortschritte bei der Korrektur der Lohnstückkosten und der Entwicklung des Leistungsbilanzsaldos erzielt. Entschlossene Reformen an den Güter- und Arbeitsmärkten werden die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder und ihre Anpassungsfähigkeit weiter verbessern.

Ferner ist es von wesentlicher Bedeutung, die **Schaffung europäischer Institutionen** voranzutreiben. Die EZB begrüßt den Vorschlag der Europäischen Kommission vom 12. September 2012 für einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus unter Beteiligung der EZB, der

durch eine Verordnung des Rates auf Grundlage von Artikel 127 Absatz 6 des Vertrags eingerichtet werden soll. Der EZB-Rat erachtet einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus als eine der grundlegenden Säulen einer Finanzunion und als einen der wichtigsten Bausteine auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion. Wir werden formal eine rechtliche Stellungnahme abgeben, in der wir insbesondere die folgenden Grundsätze berücksichtigen werden: eine klare und robuste Trennung zwischen Entscheidungsprozessen im Bereich der Aufsicht und der Geldpolitik, angemessene Kanäle der Rechenschaftspflicht, eine Dezentralisierung der Aufgaben innerhalb des Eurosystems, einen wirksamen Aufsichtsrahmen zur Gewährleistung einer kohärenten Aufsicht des Bankensystems im Euroraum und die vollständige Vereinbarkeit mit dem Rahmenwerk des Binnenmarktes, einschließlich der Rolle und Vorrechte der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde. Angesichts eines im Vorschlag der Kommission dargelegten ehrgeizigen Übergangsplans auf dem Weg zum einheitlichen Aufsichtsmechanismus hat die EZB mit den Vorarbeiten begonnen, um die Bestimmungen umsetzen zu können, sobald die Verordnung des Rates in Kraft getreten ist.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.